Informationen für die Bewohner des Olympiadorfes und des Oberwiesenfeldes 108. Ausgabe - September 2021

Olaf Scholz, ein Hamburger auf Wahlkampftour in München





Inhalt:

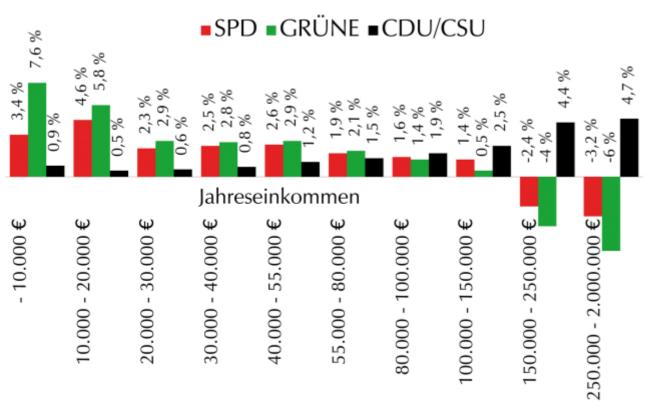
- Was die Wahl für das eigene Konto bedeuten könnte Seite 2
- Park Oberwiesenfeld Seite 3
- Mein Leitbild ist eine Gesellschaft des Respekts Seite 4
- Five Rings Sportsbar
 Überleben in Coronazeiten Seite 5
- Was haben wir erreicht und was wollen wir noch erreichen Seite 6
- Christina Hörl aus dem Bezirkstag von
 Oberbayern Seite 8
- Ruth Waldmann
 Den richtigen (Schwer)Punkt setzen Seite 9
- Stefan Wasner aus dem Bezirksausschuss

Seite 11

- Impressum Seite 11
- Simone Burger aus dem Rathaus Seite 12



Was die Wahl für das eigene Konto bedeuten könnte ...



Die Vorschläge von SPD, Grünen und Linken auf der einen und Union und FDP auf der anderen Seite unterscheiden sich überraschend stark.

Das zeigt erstmals eine große Rechnung des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Die Forscher errechneten, was zentrale Vorschläge der Parteien für den Geldbeutel der Bürger bedeuten. SPD, Grüne und Linke möchten am meisten für Haushalte mit niedrigem Einkommen tun.

Kanzlerkandidat Armin Laschet (CDU) reserviert seine Wohltaten vor allem für Gutverdiener ab 80.000 Euro, so wie es sonst nur die FDP vorsieht.

Die Pläne von Grünen, SPD und Linke dagegen bringen unter dem Strich zusätzliche Einnahmen. Die SPD verspricht, durch ihre Pläne 95 Prozent aller Einkommen besserzustellen, darunter insbesondere die beiden unteren Drittel.

CDU/CSU wollen für Gutverdiener ab 80.000 Euro ein ganzes Feuerwerk abbrennen. Den Solidaritätszuschlag für alle streichen kommt ausschließlich den Top zehn Prozent im Land zugute.

Ganz anders die Mitte-SPD Links-Parteien. und Grüne fordern Haushalten mit mehr als 150.000 Euro mehr ab als bisher: über höheren Spitzeneinen steuersatz und auch über die Vermögensteuer, die ab zwei Millionen Euro pro Person greift.

Die Union und noch mehr die FDP dagegen wollen die oberen Einkommen besserstellen. Paar-Haushalte mit 300.000 Euro könnten sich vom Finanzplus von 10.000 beziehungsweise 18.000 Euro sogar einen Kleinwagen kaufen

Berücksichtigen sollte man, dass die Linke für niedrige und mittlere Einkommen kostspieliges plant und dieses Geld durch drastisch höhere Steuern oberhalb der Mitte hereinholen will.

Die SPD plant für Haushalte mit bis zu 20.000 Euro brutto prozentual so viel Plus wie für keine andere gesellschaftliche Gruppe. Das liegt unter anderem am höheren Mindestlohn von zwölf Euro.

Ihre Pläne würden das Armutsrisiko in der Bevölkerung reduzieren, bei Grünen, Linken und SPD jeweils von heute 14 auf 11 Prozent der Bürger.

Union und FDP reißen entgegen ihren sonstigen Positionen ein zusätzliches Loch von 30 beziehungsweise 90 Milliarden Euro in die Staatskasse.

Neuer Park am Oberwiesenfeld

Auch für Olympiadörfler bequem fußläufig zu erreichendes neues Naherholungsziel am Oberwiesenfeld.

Der Park setzt mit seinen begrünten Wällen die Gestaltungsidee des Olympiaparks fort. Er ist reichlich vier Hektar groß, davon ein Hektar Biotopvernetzung, und grenzt im Westen an die ehemalige Eisenbahnbrücke über die Triebstraße, die eine Verbindung zum Olympiapark darstellt und hoffentlich für Fußgänger und Radfahrer bald umgebaut wird. Im Nordwesten stößt der Park an eine Kleingartenanlage. Im Osten wird der Park durch die Bebauung des Oberwiesenfelds begrenzt. Nördlich endet der Park mit seinem Lärmschutzwall am Bahnnordring. Im Süden schützt eine weitere Aufschüttung vor dem Verkehrslärm der Moosacher Straße und der Triebstraße.

Für die Kinder und Jugendlichen ist reichlich Action gesorgt. Es gibt eine Skaterbahn, einen Rodelhang, einen Basketballplatz, Tischtennisplatten und einen Kinderspielplatz.





Foto: Michael Medvinskiy 2021

Kinderspielplatz

Der nördliche, acht Meter hohe Wall fordert zum

Besteigen auf, um sich vom Aussichtspunkt einen Gesamtüberblick zu verschaffen. Zahlreiche Bänke laden zum Verweilen ein. An der Südostböschung dieses Walls wurde innerhalb der Biotopverbundfläche eine artgerechte Fläche zum Schutz des vom Aussterben bedrohten Idas-Bläulings als

schütterer Magerrasen naturnah gestaltet.



Aussichtspunkt mit Bänken

Der südliche Lärmschutzwall entlang der Moosacher Straße und Triebstraße ist Wiese, die zweimal (zweischürig) im Jahr gemäht wird.

Der vorhandene alte Baumbestand wurde um knapp 100 Neupflanzungen ergänzt.

SCHUPP IMMOBILIEN

Inh. Renate Schupp

Connollystr. 24 80809 München Telefon: (089) 351 92 89 Schuppimmobilen@aol.com

"Mein Leitbild ist eine Gesellschaft des Respekts"

Olaf Scholz ist Vizekanzler, Finanzminister und Kanzlerkandidat der SPD. Am 26. September tritt er außerdem im brandenburgischen Potsdam als Direktkandidat an. Nach dem Mauerfall hat er als Arbeitsrechtler Beschäftigte in ostdeutschen Betrieben vertreten. Als Arbeitsminister hat Scholz das Kurzarbeitergeld "erfunden", als Erster Bürgermeister Hamburgs sorgte Scholz u.a. für massive Investitionen in den Wohnungsbau.

1958, in dem Jahr mit dem niedrigsten Wirtschaftswachstum des Jahrzehnts, wurde ich geboren. Das Wirtschaftswachstum im "Krisenjahr" lag bei 4,5 Prozent. Heute wäre das ein Boom. Es war die Zeit, in der wir in Westdeutschland an "Wohlstand für alle" glaubten. Die Erzählung des "sozialen Aufstiegs" war konkret erfahrbar. Kinder aus der Arbeiterklasse wurden Erzieher oder Professorinnen.

In den 1980er Jahren änderte sich das. West- und dann auch Ostdeutschland standen vor neuen Herausforderungen. Viele Arbeitsplätze, der damit einhergehende Berufsstolz, soziale Strukturen gingen verloren. Nach dem Mauerfall erlebten viele Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands die abrupte Entwertung ihrer Biografien und Berufe noch rasanter. Ich selbst habe zu jener Zeit die Sorgen von Arbeitnehmerinnen und Gewerkschaftern sehr genau kennengelernt. Einige habe ich als ihr Anwalt für Arbeitsrecht vertreten. Sie kämpften gleich zweimal: für ihre



Zukunft und den Erhalt ihrer Lebensgeschichte. Meine Arbeit bestand darin, sie dabei zu stärken.

Als Berufspolitiker, der ich heute bin, ist mein Leitbild eine Gesellschaft des Respekts. Respekt, der aus dem Miteinander, aus Gesprächen, aus gegenseitigem Verständnis erwächst. Ein solches "Wir" entsteht nicht aus sich selbst heraus. Es ist Aufgabe der Politik voranzugehen, verschiedene Interessen und Wertvorstellungen zusammenzuführen und klare Ziele über den Tag hinaus zu benennen.

Heute sind wir eine zunehmend arbeitsteilige Gesellschaft. Das Akademiker-Ehepaar in Vollzeitbeschäftigung mit kleinen Kindern kann es nur geben, wenn es auf eine qualifizierte Dienstleistungswirtschaft zurückgreifen kann. Nicht erst die Corona-Pandemie hat gezeigt, ohne sie geht gar nichts: ohne diejenigen, die im Lebensmittel-Einzelhandel arbeiten, ohne die Männer und Frauen, die Pakete ausliefern und ohne diejenigen, die die schweren LKW fahren.

Dass ich dieses Jahr als Kanzlerkandidat der SPD und in meinem Zuhause im brandenburgischen Potsdam als Direktkandidat für den Bundestag antrete, fußt genau darauf: Auf meiner Überzeugung, dass sich die Weichen für die Zukunft unseres Landes nur mit einer Politik des Respekts stellen lassen.

Eine solche Politik des Respekts beginnt in der Schule. Der Staat muss für gute Kitas, Ganztagsschulen, bestmögliche Förderung und ausreichend Ausbildungsplätze sorgen. Der Staat muss den Weg dafür bereiten, dass der Übergang von der Schule ins Berufsleben gelingt. Wichtig ist dann: eine faire Entlohnung. Niemand sollte zukünftig weniger Lohn bekommen als 12 Euro in der Stunde. Wir haben jetzt so viel Beifall geklatscht für die Corona-Heldinnen und Corona-Helden. Sehr viele von ihnen profitieren direkt von einer Mindestlohn-Erhöhung.

Respekt gegenüber Arbeit geht jedoch über die Gehaltsabrechnung hinaus. Neben der Wahrung von Arbeitnehmerrechten halte ich es für wichtig, den Wert der Arbeit und den Stolz des Berufs in den Fokus zu rücken. Dies bedeutet zum Beispiel, den Strukturwandel und die Klimapolitik nicht so anzugehen, dass man den Beschäftigten, die es "treffen" wird, mit dem lapidaren Hinweis gegenübertritt, dass irgendwo und irgendwann auch neue Jobs entstehen. Die Aufgabe von Politik ist es, verlässliche Perspektiven zu schaffen. Es liegt an uns, ob die Veränderungen gesellschaftliche Spaltung vertiefen oder so das Ziel der SPD - überwinden. Eine Politik des Respekts ermöglicht Fortschritt und Verbesserungen für das eigene Leben.

Ob Stadt oder Land – wir wollen in allen Regionen für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen. Dafür brauchen wir zuallererst eine gut ausgebaute Infrastruktur.

Einer Gesellschaft des Respekts muss es aber auch egal sein, wen man liebt, woher man kommt oder ob und an welchen Gott man glaubt. Eine Politik des Respekts ist liberal und sozial. Sie schafft stattdessen die Voraussetzungen für mehr Zusammenhalt und gegenseitige Anerkennung. Und darauf kommt es an.

Five Rings Sportsbar - Überleben in Coronazeiten

Ildiko Schuster hat vor 18 Jahren ihre Karriere als Wirtin im Olympischen Dorf begonnen. Seit 2009 betreibt sie das Lokal, Helene-Mayer-Ring 15, unter dem Namen Five Rings Sportsbar (vormals MayerLeni). Die "Kneipe" ist eine Institution im Olydorf, Treffpunkt für Sportsfreunde und Stammgäste und Anlaufstelle, für alle, die - etwa nach einer Vereinssitzung, einem Elternabend oder auch Konzertabend - noch zusammensitzen und den Abend gemeinsam ausklingen lassen wollen.

Am 22. Juli, 16.00 Uhr, haben wir uns im Außenbereich der Five Rings mit Ildiko getroffen um von ihr zu hören, was sie seit Ausbruch von Corona erlebt und wie sie es geschafft hat, das Lokal über die Runden zu bringen.

Als wir zum Treffen eintrafen waren die Biertische schon teilweise besetzt; während wir unser Interview führten, kam immer wieder der eine oder andere neue Gast dazu oder schaute auch einfach mal kurz vorbei. Ildiko begrüßte jeden von ihnen mit freudigem Zuwinken oder ein paar netten Worten, wer ging wurde ebenso nett verabschiedet. Ildiko schafft es, jedem das Gefühl zu geben dazuzugehören, das macht den besonderen Charme der Five Rings aus.

Corona lief für die Sportsbar in Kurzfassung so:

Phase 1: Ab Mitte März 2020 kom-

plette Schließung -> rund drei Monate ohne Einkünfte bei laufenden Kosten ... Ildiko lobt die rasche und unbürokratische Hilfe der öffentlichen Hand: Stromund Wasserkosten wurden gestundet. Die Stadt übernahm die Garantie für die Rückzahlung der Außenstände.

Phase 2: Ab Mitte Juni 2020 Erlaubnis zur Öffnung bei max. 18 Personen im Lokal, Zutritt zeitweise nur mit negativem Testergebnis.

Erfreuliche Neuerung - durch Corona angestoßen: Ildiko erhält die Erlaubnis zur gastronomischen Nutzung des Außenbereichs. Sie möchte sich an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich bei der WEG HMR12 und deren Hausverwaltung für diese Genehmigung bedanken, aber auch bei ihren Stammgästen, die unverzüglich anfingen, den Außenbereich aus eigenen Beständen zu "möblieren".

Phase 3: Ab November 2020 hieß es wieder Zusperren - auf unbestimmte Zeit. Ildiko, am Ende ihrer finanziel-

len Möglichkeiten, kündigt ihren Mietvertrag zum 31.12.2020, bleibt aber mit dem Zwischenpächter im Gespräch zur gemeinsamen Suche



©Foto: Uta Strey

nach möglichen Lösungen für den Fortbestand des Lokals. Der Zwischenpächter plant zunächst in den Räumen ein Spielautomatenlokal zu etablieren, findet aber keinen Betreiber. Daraufhin schließen die beiden einen neuen Vertrag, der den coronabedingt erschwerten Bedingungen und Unsicherheiten Rechnung trägt.

Seit Januar:

Überbrückungsgeld - leider in geringerem Umfang als erhofft - zum Ausgleich von Umsatzeinbußen wegen Einschränkungen und Auflagen (Gästezahl, Hygienevorschriften u.ä.).

Phase 4: Ab Mai 2021 durfte - unter ständig wechselnden Hygieneauflagen - wieder geöffnet werden. Zunächst nur der Außen-, später auch der Innenbereich.

Soweit der aktuelle Stand.

Bis jetzt ist also alles nochmal einigermaßen gut gegangen... Ildiko ist aber noch keineswegs aus den roten Zahlen, ihre Finanzlage ist nach wie vor kritisch; aber sie ist passionierte Wirtin und wird deshalb so schnell nicht aufgeben ...

Zur Frage, woher sie die Kraft und Motivation nimmt weiterzumachen, sagt Ildiko, sie liebe die Olympiadörfler in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt, die sich auch bei ihren Gästen wiederfindet. Besonders motiviert hat sie der Zuspruch und die phantastische Unterstützung ihrer Stammgäste, die ihr halfen, wo sie nur konnten, z.B. durch persönliche Mitarbeit bei der Renovierung der Räume, aber auch finanziell.

Wir danken Ildiko für das Interview, vor allem aber fürs Durchhalten!

Was haben wir erreicht und w

Unsere Erfolgsbilanz

Mindestlohn

Wir konnten uns in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen: Seit dem 1. Januar 2015 gilt ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde (aktuell 9,60 €, bis Mitte nächsten Jahres auf 10,45 € steigend). Seit 2017 gilt der Mindestlohn flächendeckend.

Davon profitieren seitdem insgesamt rund 4 Millionen (!) Arbeitnehmer:innen, welche vorher zu teilweise deutlich niedrigeren Löhnen arbeiten mussten.

Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro erhöhen und die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten.

Entlastung für Familien

Familien mit geringem Einkommen können derzeit einen monatlichen Kinderzuschlag bis zu 205 € pro Kind erhalten. Dieser ist u. a. abhängig vom Familieneinkommen, dem Alter der Kinder und den Wohnkosten. Er wird zusätzlich zum Kindergeld geleistet. Erstmals auch für Kinder, die Unterhaltsvorschüsse oder -zahlungen erhalten. Damit erhöht sich die Zahl der anspruchsberechtigten Kinder von 800.000 auf rund 2 Millionen.

Wir wollen die Kindergrundsicherung: Mit dem neuen Kindergeld sorgen wir dafür, dass



Olaf Scholz Bundesminister für Finanzen

kein Kind finanzielle Armut und damit oft verbunden weniger Chancen und Ausgrenzung erleben muss.

Einführung der Grundrente

Rückwirkend ab Januar 2021 erhalten rund 1,3 Millionen Rentner:innen, die länger als 33 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben und eine niedrige Rente beziehen, die Grundrente. Dies erfolgt unbürokratisch und ohne dass die Betroffenen als Bittsteller:innen zum Amt müssen. Es erfolgt lediglich eine Einkommensprüfung durch einen automa-tischen Datenabgleich mit dem Finanzamt.



Christine Lambrecht Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz und Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Wir lehnen eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab, weil sie für viele, die nicht länger arbeiten können, eine Rentenkürzung bedeutet und ungerecht ist.

Wir werden das Renter tens 48% anheben – ur bile Rentenbeiträge: D



Heiko Bundesminister

finanziert werden und dürfen nicht überforde müssen höhere Einkom rung der Rentenversich zuschüsse aus dem Bur beteiligt werden. Davo lionen Beschäftigte.

as wollen wir noch erreichen?

an ein paar Beispielen:

nniveau auf mindesnd wir sorgen für stae Rente muss fair



Maas des Auswärtigen

die Beitragszahlenden rt werden. Deshalb imen an der Finanzieerung durch Steuerindeshaushalt stärker in profitieren 45 Mil-

Ungleichheiten überwinden

Der "Soli" (Solidaritätszuschlag) ist ab 2021 durch eine entsprechende Anhebung der Freigrenzen für rund 90 % der Personen, die



Swenja Schulze Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

ihn bisher bezahlen mussten, weggefallen. Für weitere 6,5 % der Menschen wird eine teilweise Entlastung erfolgen. Lediglich die einkommensstärksten 3,5 % der Steuerzahler:innen werden den Solidaritäts-

zuschlag auch künftig in voller Höhe entrichten. Allein im Zeitraum von 2021 bis 2024 werden die Steuerzahler:innen so voraussichtlich um rund 45 Mrd. Euro entlastet. Das ist die größte Steuerentlastung seit zwei Jahrzehnten!



Hubertus Heil Bundesminister für Arbeit und Soziales

Wir wollen die Steuern für die Mehrheit der Bürger senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht. Wir wollen die Vermögensteuer wieder in Kraft setzen, auch um die Finanzkraft der Länder für wichtige Zukunftsaufgaben zu verbessern.

Entlastung in der Pflege

Gering- und Normalverdiener:innen müssen nicht mehr für die Pflegekosten von Angehörigen aufkommen.

Bisher mussten Angehörige zum Teil für die Pflegekosten ihrer Eltern (oder Kinder) aufkommen, wenn deren Vermögen nicht zur Deckung der Kosten ausreichte. Übrigens selbst dann, wenn seit Jahren kein Kontakt zwischen Eltern und Kindern mehr bestand. Wir haben durchgesetzt, dass künftig erst ab einem Verdienst von mehr als 100.000 Euro im Jahr auf das Einkommen der Angehörigen zurückgegriffen wird.

Wir wollen eine Vollversicherung als Bürgerversicherung, die alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abdeckt. Ein erster Schritt dorthin ist für uns, für Pflegebedürftige mit kleinen und mittleren Einkommen den Eigenanteil zu deckeln, damit Pflege für sie bezahlbar bleibt. Zukünftige Kostensteigerungen werden solidarisch über einen Mix aus moderat steigenden Pflegeversicherungsbeiträgen und einem dynamischen Bundeszuschuss finanziert.

Christina Hörl

Heute möchte ich Ihnen das kbo-Kinderzentrum München. das unter der öffentlichen Trägerschaft des Bezirks Oberbayern steht, vorstellen.

Als mein Sohn vor 26 Jahren mit mehreren leichten Behinderungen geboren wurde, kam ich das erste Mal mit dem Kinderzentrum in Kontakt. Hier wurden schon damals Kinder mit

diversen körperlichen und geistigen Behinderungen oder Ent-

wicklungsverzögerungen behandelt. Das Kinderzentrum ist Fachklinik und sozialpädiatrisches Zentrum in einem.

1968 wurde das Kinderzentrum von Professor Theodor Hellbrügge (1919 -

2014) gegründet und seitdem finden dort Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen Hilfe und Zuspruch

und den Kindern wird in diesem einzigartigen Zentrum kompetent und bestmöglich geholfen.

Da sich das Kinderzentrum "am anderen Ende von München" in Hadern



aus dem Bezirkstag von Oberbayern

nischen Erkrankungen im Münchner Norden zu verbessern

Oberste Priorität ist es, die Familien der Kinder in die Behandlung mit einzubeziehen.

und Erweiterungsbau (Grundsteinlegung war vor wenigen Tagen) erhöht die Kapazität der In akuten Fällen erreicht man das Krisentelefon für Schreibabys von 19 Uhr bis 22 Uhr unter der kostenlosen Telefonnummer 0800 7100900.

Meinem Sohn wurde damals im Kinderzentrum so exzellent geholfen, dass von seiner damaligen Behinderung so gut wie nichts mehr zu merken ist.

> Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit, bleiben Sie gesund - und gehen Sie

Sie demokratisch.

Viele Grüße

Betten auf 60, in der Tagesklinik bitte zur Bundestagswahl und wählen

Christing Hor

Alle Kontaktdaten finden Sie unter https://kbo-kinderzentrum-muenchen.de/anmeldung

befindet, betreibt es seit 2011 einen zweiten Standort in Kooperation mit Kinderklinik München Schwabing, um die Versorgung der Kinder mit Behinderungen, Entwicklungsverzögerungen oder chro-

entstehen 15 zusätzliche Plätze.

Wenn Sie ein Kind mit Auffälligkeiten haben, z. B. ein "Schreikind" (das Kinderzentrum hat auch eine "Schreiambulanz"), ein Kind mit Behinderungen oder Entwicklungsverzögerungen oder wenn Sie im Bekanntenkreis von einem solchen Kind wissen, zögern Sie bitte nicht, sich an das Kinderzentrum zu wenden oder die Kontaktdaten an die Familien weiterzugeben.



Dr. Birgid Merk - Dr. Sabine Odenthal

Helene-Mayer-Ring 14

80809 München

fon 089-3519081

fax 089-3542139

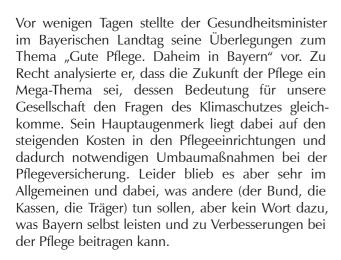
Arzneimittel und Medizinprodukte Phytotherapie, Homöopathie, Arzneitees, Bachblüten, Schüssler Salze, Haut- und Körperpflege, Kosmetik, Inkontinenzprodukte, Kompressionsstrümpfe, Orthomolekulare Therapie, Ernährungsberatung.

> Haben Sie Fragen? Wir beraten Sie gern.



Ruth Waldmann

Den richtigen (Schwer)Punkt setzen: Gute Pflege. Auch daheim. Auch in Bayern.



Zu meinem Entsetzen kommt auch die Pflege daheim in den Plänen überhaupt nicht vor. Dabei wissen wir doch, dass drei Viertel der Pflegebedürftigen zuhause gepflegt werden und die pflegenden Angehörigen der größte Pflegedienst der Nation sind. Sie kommen oft an die Grenzen ihrer Kräfte und ihrer Finanzen, gerade auch in Corona-Zeiten. Doch von der "Pflegeplatzgarantie" in Bayern, die Ministerpräsident Söder am Beginn seiner Regierungszeit versprochen hat, ist keine Rede mehr: auch der Ausbau von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen stockt. Dabei könnte hier ein besseres Angebot die pflegenden Angehörigen entlasten.

Für Familien und Pflegebedürftige ist die Heimunterbringung in Bayern besonders teuer: Die selbst zu leistenden Zuzahlungen in Pflegeeinrichtungen lie-



gen im Freistaat über dem Bundesdurchschnitt und haben sich in den letzten dreieinhalb Jahren um über 20 % erhöht. Die jüngst beschlossene "kleine Pflegereform" der GroKo in Berlin reduziert sie zwar. Aber zu den Anteilen für die reine Pflege

kommen die Kosten für Unterkunft und Essen sowie für Investitionen, also für notwendige Renovierungen, Um- und Neubauten, hinzu. Diese Investitionskosten machen in Bayern fast 20 % aus.

Dabei ist das klar die Zuständigkeit des Freistaats: was er nicht leistet, bleibt an den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen hängen. Die Staatsregierung kann und muss die Investitionen besser fördern und damit die Eigenanteile senken: Wir als SPD fordern dies seit Jahren bei allen Haushaltsverhandlungen. Übernähme der Freistaat die gesamten Investitionskosten, wären pro Jahr etwa 650 Mio. Euro erforderlich und nicht die 60 Mio., mit denen man sich zu brüsten versucht.

Des Weiteren spricht sich der CSU-Minister gleich an mehreren Stellen für deutlich höhere Bundeszuschüsse aus Steuermitteln aus. Gleichzeitig ist klar, dass die Pflegeversicherungsbeiträge nicht dauernd weiter steigen können:

Aus dem Landtag

Markisen und Rolladen

Schlüsseldienst/Notöffnung

die Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind nicht unendlich belastbar. Bemerkenswert: jetzt im Bundestagswahlkampf will die CSU unbedingt mit Forderungen nach Steuersenkungen auffallen. Wie aber die steigenden Pflegekosten (sowie aktuell die Folgen der Coronakrise) durch Steuersenkungen finanziert werden sollen, bleibt das Geheimnis der CSU.



Parkplatz-Sharing

Smart Repair Werkstatt

Helene-Mayer-Ring 15 • 80809 München • info@olympiawerk.de • Tel. (089) 35 09 59 00

Dorfsenioren Olympiadorf e.V.

c/o Uta Strey, Nadistr. 8, 80809 München, Tel.: 089 - 69 205 62

Wir suchen Helfer!

Die Dorfsenioren Olympiadorf e.V sind ein gemeinnütziger Verein im Olympischen Dorf und helfen älteren Menschen in ihrem Alltag gut zurechtkommen:

- Wir begleiten zum Arzt oder zum Spazierengehen.
- Wir kaufen Lebensmittel ein.
- Wir erledigen kleine Dinge im Haushalt.

Sind Sie zum Beispiel ein Jungrentner, der sich etwas dazu verdienen möchten, oder auch jüngeren Alters mit sozialem Engagement, der Anerkennung in seiner Tätigkeit sucht?

Dann sind Sie bei uns richtig! Wir sind auf der Suche nach Helfern, die bereit sind, diese Aufgaben zu übernehmen und zahlen 14 € pro Stunde. Bei Bedarf organisieren und bezahlen wir eine nützliche Fortbildung zum Altenhelfer.

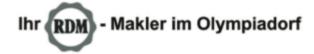
Die Arbeit ist abwechslungreich, wechselt oft hin und her zwischen verschiedenen Aufgaben und den Personen, die Ihre Hilfe benötigen. Mit Ihrer sozialen Einstellung und den neuen Fachkenntnissen des Altenhelfers können Ihnen diese Aufgaben dann Freude und Anerkennung bringen.

- Der Verein freut sich auf Ihre Bewerbung!
- Abwechslungsreiche Tätigkeiten
- 14 € die Stunde
- Fortbildung zum Altenhelfer (bezahlt durch den Verein)
- Soziales Engagement



"Wohnungen gibt s genug! Doch als Laie braucht man ganz einfach jemanden, der die Übersicht hat"

Man kann sich natürlich Zeit lassen: jeden Tag die Zeitung studieren, viele Angebote prüfen, Preise vergleichen, auf das Traumobjekt hoffen - und dann doch nicht das richtige finden. Oder man wendet sich an den Experten, zu dessen Beruf es gehört, die Übersicht zu behalten:



Wir helfen Ihnen auf vielen Gebieten:

- ✓ Verkauf, Kauf und Miete von Immobilien
- Ermittlung des Marktpreises von Wohnungen, Häusern und Grundstücken
- Planung und Vermittlung von Finanzierungen

Sicher können wir auch Ihnen helfen.



Besuchen Sie uns im Internet: www.oly24.de info@oly24.de Mobilhelefon: 01728425192

Stefan Wasner

Die SPD engagiert sich vor Ort für das Olympische Dorf und den Olympiapark

In seiner Sitzung im März 2021 beschloss der BA 11, dass an der Westflanke des Olympiaparks nahe der Landshuter Allee an drei Standorten Sitzbänke aufgestellt werden sollen. Zwei Bänke sollen nördlich und eine südlich des Kusocinskidamms platziert werden. Laut der Antwort des städtischen Baureferats kann das entsprechende Förderprogramm der Stadt München leider nicht genutzt werden, weil es nur für Standardbänke vorgesehen ist. An den vom BA 11 gewünschten Standorten müssten laut Stadtverwaltung aber spezielle, dem Denkmalschutz entsprechende Bänke aufgestellt werden. Somit müsste der Bezirksausschuss 11 die Sitzgelegenheiten aus seinem Budget finanzieren. In seiner Sitzung im Juni 2021 beschloss der BA 11 nach kurzer Diskussion mehrheitlich (auch mit den Stimmen der SPD) die Anschaffung und Finanzierung der Sitzbänke. Ebenfalls im luni 2021 befasste sich der Bezirksausschuss 11 mit der Veranstaltung "24 h MTB-Race", einem Mountainbike-Rennen, das vom 27. bis 29. August 2021 im Olympiapark stattfinden wird. Dabei ist geplant, dass ein Teil der Strecke über unbefestigte Wege führt. Die FW/ÖDP-Fraktion lehnte dies ab und brachte deshalb eine Stellungnahme in den BA 11 ein, die sich



Aus dem Bezirksausschuss 11

dagegen ausspricht, dass die Mountainbikes durch Bio-

tope fahren. Die SPD-Fraktion sprach sich in der Diskussion zwischen den Parteien gegen die Stellungnahme aus, forderte aber, dass nach dem Ende des Rennens

ein Rückbau und eine gualitative Wiederherstellung der von den Mountainbikefahrern genutzten Strecke stattfindet, sodass keine bleibenden Folgen zurückbleiben und eine Nachahmung ausgeschlossen wird. In der Abstimmung stimmten alle Fraktionen außer FW/ÖDP dafür, dass das Mountainbike-Rennen stattfindet und lehnten die Stellungnahme von FW/ÖDP ab. Die Ergän-SPD-Fraktion zung der wurde dagegen einstimmig beschlossen. Somit erreichte die SPD einen guten Kompromiss zwischen der Rolle des Olympiaparks lebendiger Sportpark mit Sportveranstalvielfältigen tungen einerseits und seiner Funktion als Grünanlage und Biotop, das zu Spaziergängen einlädt, andererseits.

Schneiderei im Olympischen Dorf

Liane Wenzlik, Nadistraße 137-17

Tel. 089-354 48 75 Änderungen aller Art

Neuanfertigung von Damen bekleidung

Geschäftszeiten:

Di, Do 1000-1800; Mi, Fr. 1000-1630 Mo+Sa ab 1000; auf Anfrage bis 2000





Impressum

olympiadorf aktuell

108. Ausgabe

September 2021

Auflage 4.000

Herausgeber:

SPD-Ortsverein

Olympiadorf

www.spd-olympiadorf.de

Redaktion:

Tamina Greifeld (verantw.)

Nadistr. 137

80809 München

Mitglieder der Redaktion:

Burger, Simone

Erdmann, Jochen

Esche, Philipp

Lindner-Schädlich, Constanze

Wasner, Stephan

Voit, Brigitte

Anzeigen:

Strey, Uta

Layout und Produktion:

Esche, Philipp

Druck:

Onlineprinters GmbH www.diedruckerei.de

Unsere Stadträtin Simone Burger

aus dem Rathaus

"Boden ist keine beliebige, je nach Bedarf produzierbare oder auch verzichtbare Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz. Jeder braucht ihn in jedem Augenblick seines Lebens wie das Wasser und die Luft." H.J.Vogel

Am 26. Juli wurden Teile des Coubertinplatzes im Olympiapark zum Hans-Jochen-Vogel-Platz umgewidmet. Damit soll an einen der wichtigsten Akteure der Olympischen Spiele in München 1972 erinnert werden. Nicht nur die Olympischen Spiele selbst und die Architektur des Olympiaparks haben die Stadt geprägt, sondern auch die Infrastrukturmaßnahmen, die im Vorfeld der Spiele entstanden sind, wie der Bau der U-Bahn und das S-Bahn Netz.

Als Sozialdemokrat:innen erinnern wir uns nicht nur an den Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel (von 1960 bis 1972), sondern auch an den Streiter für eine gerechte Bodenpolitik. Denn der Münchner Boden ist zum Spekulationsobjekt verkommen, der Preis für Bauland stieg in München seit 1950 um 39.390! %.

Im Sinne seiner kurzen und dafür umso prägnanteren Forderung "Mehr Gerechtigkeit" so auch der Titel seines 2019 erschienenen Buchs - haben wir zwei große Projekte in der Stadtplanung angestoßen.

Es gibt eine neue SoBoN (Sozialgerechte Bodennutzung)

Die SoBoN legt fest welche Anforderungen Investoren erfüllen müssen, wenn sie ein Neubau-



gebiet planen. Das erste Ziel ist es, dass nicht die Gewinne für Baurechtsschaffung beim Investor bleiben und die Stadtgesellschaft für die Kosten der Infrastruktur aufkommen muss, die die neuen Bewohner:innen natürlich brauchen, wie Kindergärtenplätze. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Das zweite Ziel ist es sicher zu stellen, dass auch Wohnraum für Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen entsteht.

- Wir wollen mehr Mietwohnungen, das Ziel sind 80 % statt bisher 40 %.
- Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum für die Menschen mit geringem Einkommen und die Mittelschicht, das Ziel sind 60 % statt bisher 40 %. Die Bindung für die Wohnungen gilt jetzt für 40 Jahre, statt für 25 bis 30 Jahre.
- Um bezahlbaren Wohnraum noch langfristiger zu sichern, setzen wir über ein Baukastensystem Anreize für Bauträger/Investoren, Grundstücke an die Stadt und die Genossenschaften zu verkaufen, und dies zu festgelegten Preisen.
- Wir wollen einen höheren Beitrag für die Schaffung der Infrastruktur. Unser Ziel sind 175 € pro qm statt 100 €.

Baulandmobilisierungsgesetz - Was bringt es für die Stadt?

Der Deutsche Bundestag hat auf Initiative der SPD ein Gesetz zur Bodenpolitik beschlossen. Damit die Situation auf dem Münchner Wohnungsmarkt sich entspannt, hätten wir uns an einigen Stellen weitergehende Beschlüsse erhofft, dies wurde aber von der Union blockiert. Wir konnten aber einiges erreichen. Die Stadt wendet große Summen auf um mit dem Vorkaufsrecht in Erhaltungssatzungsgebieten die Mieter:innen zu schützen. Mit dem neuen Gesetz muss die Stadt jetzt nicht jeden aufgerufenen und noch so spekulativen Preis zahlen, sondern kann zum Verkehrswert kaufen. Überhöhte Kaufpreise führen zu überhöhten Mieten.

In der ganzen Stadt könnte es ein sogenanntes "Umwandlungsverbot" für Mietwohnungen in Eigentumswohnungen geben. Dann dürfte die Stadt mitentscheiden, ob eine Umwandlung in eine Eigentumswohnung gerechtfertigt ist oder nicht. Aber dafür müsste der Freistaat ein Rahmengesetz erlassen. Die Landesregierung bewegt sich aber keinen Millimeter. Wir fordern dass ab drei oder mehr Wohnungen die Umwandlung unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Stadt steht.

In der Innenentwicklung und auch bei großen Nachverdichtungsprojekten (nach §34 BauGB) hat die Stadtpolitik bisher keine Möglichkeit wie in der SoBoN festzuschreiben, dass auch bezahlbarer Wohnraum entstehen muss. Dies ändert sich mit dem sektoralen Bebauungsplan. Wir wollen dass die Stadtverwaltung versucht mit diesem Instrument so oft wie möglich festzuschreiben, dass auch Sozialer Wohnungsbau und München-Modell-Wohnungen entstehen müssen.

SiBuger